

JUTTA BLANKAU

Bürgerbeteiligung

Ein Ansatz mit neuer Aktualität

Das Interesse der Öffentlichkeit an Fragen und Projekten der Stadtentwicklung und an einer aktiven Mitwirkung an der Stadtplanung ist in letzter Zeit erneut gewachsen. Diese Entwicklung ist praktisch in ganz Deutschland zu beobachten; vielfach wird dabei die Auffassung vertreten, dass die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten und Beteiligungsinstrumente diesem gewachsenen Interesse nicht mehr ausreichend gerecht werden. Dabei sind diese Instrumente noch gar nicht so alt. In den frühen 1970er Jahren, als Willy Brandt den Slogan: „Mehr Demokratie wagen!“ prägte, wurde Bürgerbeteiligung im Städtebauförderungsgesetz erstmals festgeschrieben und hat sich in der Folgezeit besonders in der Stadterneuerung etabliert. Bei der Auseinandersetzung um große Infrastruktur- und versorgungswirtschaftliche Projekte wurde seit den 80er Jahren der Ruf nach einer anderen und stärkeren Beteiligung der Bürger laut, oft wegen schädlicher Umwelteinflüsse wie Lärm, Abgasen und Abwässern. Im Planungsrecht, vor allem im Umwelt- und Fachplanungsrecht, wurde darauf mit vielfältigen Verfahrensinnovationen reagiert. In den 90er Jahren erweiterte sich der Kanon der Handlungsfelder noch einmal mit der Verankerung der Bürgerbeteiligung im Bundesprogramm „Soziale Stadt“, wo sie zu einem zentralen methodischen Ansatz bei der Entwicklung benachteiligter Quartiere geworden ist. Hieran hatte Hamburg einen wesentlichen Anteil. Einige Jahre funktionierten die entwickelten Instrumente und Verfahren offenbar so gut, dass es kaum Forderungen nach Verbreiterung oder Veränderung gab. Das hat sich in jüngster

Zeit geändert. Anlässe dafür sind unter anderem öffentlichkeitswirksame Proteste gegen Großprojekte wie Stuttgart 21 oder der Ausbau der Flughäfen in Berlin, Frankfurt und München. Aktuell können wir dies in der Diskussion um den notwendigen Ausbau der Energienetze wahrnehmen.

Eine Forsa-Umfrage Ende 2011 ergab, dass 79 Prozent der Befragten ihre Interessen bei großen Bauprojekten zu wenig berücksichtigt und ihre Einwendungen nicht ernst genug genommen sehen. Trotz vielfältiger Beteiligungsformen und Mitsprachemöglichkeiten hat offensichtlich ein relevanter Teil der Bürger den Eindruck, dass Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, über ihre Köpfe hinweg getroffen werden und die Interessen von weniger durchsetzungsfähigen Gruppen unter den Tisch fallen. Gleichzeitig hat der Wunsch des Einzelnen nach Mitsprache bzw. Beteiligung zugenommen – insbesondere bei Entscheidungen, die das eigene Lebensumfeld betreffen. In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung gaben über 80 Prozent der Befragten an, dass sie sich mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten im politischen Prozess wünschen. Die hohe Bereitschaft zur Beteiligung auf der einen und die Unzufriedenheit mit den vorhandenen Möglichkeiten zur Beteiligung auf der anderen Seite stellen einen Kernpunkt in der aktuellen Debatte über neue Formen lokaler Demokratie und die Entwicklung einer neuen Planungs- und Beteiligungskultur dar. Verschiedene Städte und Institutionen haben deshalb in letzter Zeit neue Leitfäden und Leitlinien für Bürgerbeteiligung beschlossen oder veröffent-

Auftaktveranstaltung der Stadtwerkstatt am 4. Mai 2012: Publikum am Info-Tisch in der ehemaligen Kampnagel-Fabrik Launch of the Urban Workshop on 4 May 2012: the public at the information desk in the former Kampnagel-Fabrik

JUTTA BLANKAU

Civic Participation

An Approach with Fresh Relevance



licht. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat ein Handbuch für gute Bürgerbeteiligung entwickelt, der Deutsche Städtetag arbeitet an einem Grundsatzpapier zur Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung, das Land Berlin hat ein Handbuch zur Partizipation veröffentlicht, die Stadt Heidelberg hat weitreichende Leitlinien für Bürgerbeteiligung beschlossen und in zahlreichen Fachartikeln und Publikationen wird über das Wie und Was von Bürgerbeteiligung diskutiert.

Die Idee der Stadtwerkstatt

In Hamburg haben wir uns vorgenommen, Bürgerbeteiligung zu einem normalen Baustein der Stadtentwicklungsplanung zu machen. Der Senat hat deshalb beschlossen, eine „Stadtwerkstatt“ zu schaffen, die die Entwicklung einer neuen Planungskultur in Hamburg durch eine Intensivierung der Information und Partizipation bei Stadtentwicklungsprojekten voranbringen soll. Als Intensivierung verstehen wir alle Informations- und Beteiligungsverfahren, die über die formelle, in § 3 und § 4a des Baugesetzbuchs geregelte Bürgerbeteiligung hinausgehen. Diese neue Planungskultur soll durch Interessentransparenz, den Willen zur Verständigung und allseits akzeptierte Ergebnisse geprägt sein. Unsere Absicht ist, bei Planungsvorhaben – gerade auch im Wohnungsbau – zu Lösungen zu kommen, die das gesamtstädtische Interesse an einer Steigerung der Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau in einen fairen Ausgleich mit den Interessen der betroffenen Anlieger bringt.

Natürlich informieren der Hamburger Senat, die zuständigen Fachbehörden und die Bezirke seit längerem regelmäßig und vielfältig über städtebauliche Vorhaben – vor allem im Rahmen von herausgehobenen Vorhaben wie der Hafencity, der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der internationalen Gartenschau (igs). Mit der Einrichtung der Stadtwerkstatt gehen wir nun aber einen Schritt weiter. Als Dialogplattform auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene soll sie eine neue Qualität städtischer Planungskultur ermöglichen. Um dies zu erreichen,



bedarf es auch eines Umdenkens in Politik und Verwaltung, da eine solche „kommunikative Planungskultur“ ein verlässliches Klima der Dialogbereitschaft voraussetzt und sich nur entwickeln kann, wenn ein entsprechender konzeptioneller Rahmen vorhanden ist. Die Chancen einer intensivierten Bürgerbeteiligung sehen wir vor allem in einer höheren Akzeptanz, einer Entlastung der förmlichen Verfahren, einer Verbesserung der Planungsergebnisse und der Rückgewinnung von Vertrauen in eine rationale und dem Allgemeinwohl verpflichtete Stadtentwicklungsplanung insgesamt. In diesem Modus der Zusammenarbeit zur Steuerung und Gestaltung der städtischen Lebenswelt verändert sich die Rolle des Staates von der Obrigkeit zum Moderator und Teilnehmer von Aushandlungsprozessen unterschiedlicher Interessen.

Oben: Senatorin Jutta Blankau begrüßt die Gäste der Auftaktveranstaltung zur Stadtwerkstatt. Rechts: Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (rechts) und der Moderator Herbert Schalthoff bei der Auftaktveranstaltung. Unten: Senator Jutta Blankau begrüßt die Gäste der Auftaktveranstaltung. Rechts: Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz (rechts), der Moderator Herbert Schalthoff (links) und der Moderator Olaf Scholz (rechts) bei der Auftaktveranstaltung.



Public interest in urban development issues and projects, and in active involvement in town planning, has grown again recently. This trend is noticeable practically all over Germany; at the same time, the view is often taken that existing opportunities to become involved and instruments for participation are no longer adequate to deal with this growing interest. Yet these instruments are not actually that old. In the early 1970s, when Willy Brandt coined the slogan “Dare more democracy!” civic participation was written into the Town and Country Planning Act for the first time and, in the years that followed, it became established, in urban renewal especially. In the debate about large-scale infrastructure and utility projects, there has been a call since the 1980s for a different, stronger form of citizen participation, often as a result of damaging environmental effects such as noise, emissions, and waste water. The response in planning law, and environmental and specialised planning law in particular, was wide-ranging procedural innovation. The spheres of activity widened still further in the 1990s, when civic participation was firmly rooted in the national “Social City” programme, where it became one of the core methodological approaches in the development

of disadvantaged local areas. Hamburg had a substantial stake in this process. For a few years, the instruments and processes that were developed apparently worked so well that there were hardly any calls for extension or change. This has all changed in recent years, partly due to high-profile public protests against large-scale projects like Stuttgart 21 or the airport expansions in Berlin, Frankfurt, and Munich. We see it now in the debate surrounding the essential upgrade to energy networks. Late in 2011, a Forsa Institute survey showed that 79 per cent of respondents believe their interests in big construction projects are not properly taken into account, and their objections not taken seriously enough. Despite diverse ways of participating and opportunities to have a say, many citizens have the impression that decisions affecting their own daily lives are made over their heads and that the interests of less assertive groups are swept under the carpet. At the same time, the desire of individuals to have a say and participate has grown, especially when it comes to decisions affecting their own living environment. In a survey carried out by the Bertelsmann Foundation, more than 80 per cent of respondents said they wanted more participation and opportunities to have a say in the political process. The high degree of willingness to become involved on the one hand, and dissatisfaction with existing options for participation on the other, represent a core issue in the current debate about new forms of local democracy and the development of a new planning and participation culture. For this reason, various cities and institutions have recently agreed and published new manuals and guidelines on civic participation. The Federal Ministry of Transport, Building and Urban Affairs has produced a handbook on good civic participation; the German Association of Cities is working on a policy paper on participation culture in integrated urban development; the federal state of Berlin has published a manual on participation; the city of Heidelberg has agreed extensive guidelines on civic participation; and there are discussions in numerous professional articles and publications about all the ins and outs of civic participation.

Die Entwicklung einer solchen neuen Planungs- und Entscheidungskultur muss dabei als Lernprozess begriffen werden, der Zeit erfordert und nicht zwangsläufig geradlinig und fehlerfrei verläuft. Für die Stadtwerkstatt ist entscheidend, dass alle Aktivitäten, die unter ihrem Dach stattfinden, darauf ausgerichtet sind, den Grundsätzen von Aufrichtigkeit und Fairness bei der Information und Beteiligung zu entsprechen.

Die informellen Beteiligungsverfahren müssen dabei generell als Unterstützung der Meinungs- und Entscheidungsfindung in Politik und Verwaltung verstanden werden. Sie stehen nicht in Konkurrenz zu demokratisch verfassten Institutionen und gewählten Gremien, sondern ergänzen diese. Die institutionalisierten Verfahren demokratischer Entscheidungsfindung und die Funktion formalisierter Beteiligungsverfahren bleiben unberührt. Die Entscheidungen müssen in einer repräsentativen Demokratie in aller Regel von gewählten Mandatsträgern getroffen werden, da sie dafür auch die politische Verantwortung tragen. Angesichts der - durch Volksentscheide herbeigeführten - Erweiterungen der direktdemokratischen Entscheidungsverfahren ist es aber im Interesse der Politik, der Verwaltung und der Bürger, konfliktreiche Verläufe von Planverfahren, mit dem daraus resultierenden hohen Aufwand an Zeit und Geld, so weit als möglich durch eine intensivere Beteiligung der Bürger im Planungsprozess unnötig zu machen.

Damit Beteiligung in diesem Sinne erfolgreich sein kann, ist Vertrauen bei allen Beteiligten eine essenzielle Voraussetzung: Bürger müssen darauf vertrauen können, ernst genommen zu werden, Politik und Verwaltung müssen darauf vertrauen können, dass die Beteiligung ergebnisorientiert durchgeführt wird. Um dieses Vertrauen in die informellen Verfahren der Stadtwerkstatt zu sichern, haben wir ein Set von fünf Qualitätsmaßstäben aufgestellt, an denen sich Beteiligungsverfahren und Informationsmaßnahmen orientieren sollen: Bei allen Aktivitäten der Stadtwerkstatt kommt es darauf an, dass möglichst frühzeitig informiert wird und Informationen möglichst vollständig

Öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Auftakt der

Stadtwerkstatt Hamburg

mit dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz
Freitag, den 04.05.2012
 18.30 - 21.00 Uhr, KAMPNAGEL, Halle K6



Dynamische Stadt – Wachsen im Dialog

STADTWERKSTATT
auf Dialoge bauen

www.hamburg.de/stadtwerkstatt
 Veranstalter: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Eintritt frei

Hamburg

Stadtwerkstatt Nr. 1, Plakat
 Poster for Urban Workshop 1

The "Urban Workshop" Concept

In Hamburg, we set out to make civic participation a core component of urban development planning. The Senate has therefore decided to set up an "Urban Workshop," with the aim of promoting the development of a new planning culture in Hamburg by strengthening information and participation in urban development projects. By "strengthening," we mean all the information and participation procedures that go beyond the scope of the formal legislation on civic participation in Paragraphs 3 and 4a of the Federal Building Code. This new planning culture is to be characterised by transparency of interests, a spirit of cooperation, and outcomes that are acceptable to all sides. Our intention is to find solutions in planning projects - especially in housing - which strike a fair balance between the interest of the city as a whole in increasing the number of houses built and the interests of residents affected. Of course, the Hamburg Senate, relevant authorities and local districts have provided plenty of information about urban development plans on a regular basis and for quite some time - especially in the context of high-profile schemes like Harbour City, the International Building Exhibition, and the International Garden Show. Now we are taking this a step further, however, by setting up the Urban Workshop. As a new platform for dialogue covering the whole city as well as district level, it is designed to bring a new dimension to urban planning culture. For this to happen, we also need a political and administrative rethink, since this kind of "communications-based planning culture" presupposes a solid spirit of willingness to engage in dialogue, and it can develop only if there is an appropriate conceptual framework. We believe that the chances of stronger civic participation lie above all in greater acceptance, relieving the burden of official procedures, improving planning outcomes, and winning back overall trust in an urban development plan that is rational and committed to the common good. Working in this collaborative mode to control and shape the urban environ-

ment, the State's role changes from being an authority to a moderator and participant in negotiation processes for different interests. The emergence of this new type of planning and decision-making culture must be understood in this context as a learning process, which needs time and does not necessarily follow a straight and error-free trajectory. It is crucial for the Urban Workshop that all its incorporated activities operate on the basis of honest and fair principles in information and participation. At the same time, the informal participation processes must generally be seen as support for opinion-forming and decision-making in matters of policy and administration. Rather than being in competition with the democratically constituted institutions and elected committees, they complement them. The institutional process of democratic decision-making and the role of official participation procedures remain intact. As a rule, the decisions in a representative democracy must be taken by elected representatives, as they also have to take political responsibility for them. In view of the extensions to direct democratic decision-making procedures - introduced through referendums - it is, however, in the interests of politicians, the administration, and citizens to render conflict in the course of planning procedures unnecessary, as far as possible and given the high expenditure of time and money this entails, by getting citizens to participate more actively in the planning process. An essential prerequisite for participation in this sense to be successful is trust between all parties: citizens must be confident that they will be taken seriously, while politicians and the administration must feel sure that the participation will be carried out in a results-oriented manner. In order to build this trust into the Urban Workshop's informal procedures, we have established a set of five quality standards as guidelines for participation procedures and information activities. The focus for all the Urban Workshop's activities should be to: provide information at the earliest possible stage; submit information in as complete a form as possible; make efforts to reach all

vorgelegt werden, dass versucht wird, möglichst alle Betroffenen zu erreichen, dass die Verfahrensregeln und der Verfahrensablauf klar kommuniziert und alle Ergebnisse nachvollziehbar dokumentiert werden. Diese Regeln orientieren sich am Common Sense für eine gute Praxis in Bezug auf die Durchführung von Beteiligungsverfahren. Gleichwohl benennen diese Maßstäbe auch viele der typischen Probleme und Stolpersteine bei der Beteiligung der Bürger. Ein Beispiel: Beteiligungsverfahren sind für die Teilnehmenden freiwillig und unverbindlich. Die Anzahl der Beteiligten ist deshalb nur schwer beeinflussbar und in der Regel nicht repräsentativ. Die Qualität eines lokalen Beteiligungsverfahrens wird aber in hohem Maß davon bestimmt, wie gut es den Willen der lokalen Bevölkerung abbilden kann. Es gibt aber ganz typische Probleme der Selektivität, der Abwesenheit bestimmter Gruppen. Die Einbeziehung eines möglichst repräsentativen Querschnitts aller Bevölkerungsgruppen ist deshalb immer eine der größten Herausforderungen in jedem Partizipationsprozess. Die planenden Stellen müssen hierauf hinwirken und haben im Prozess auch die wichtige Aufgabe, nicht artikulierte Belange zu erkennen, in die Beteiligungsverfahren einzubringen und im weiteren Entscheidungsverfahren mit in die Abwägung einzubeziehen. Am Ende ist es für die Bewertung der Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens eine wichtige Frage, wie gut dies gelungen ist. Ein weiterer kritischer Punkt liegt darin, dass die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen zu ihrer Umsetzung in der Regel der Befassung und Übernahme durch politische Gremien oder die zuständigen Verwaltungseinheiten bedürfen. Dies kann bedeuten, dass Ergebnisse von Beteiligungsverfahren in Teilen oder auch ganz unberücksichtigt bleiben. Nicht alles, was vor Ort sinnvoll und angemessen erscheint, ist auch für den ganzen Bezirk oder die ganze Stadt sinnvoll und angemessen. Die Abwägung, wo welchem Belang wie weit gefolgt werden kann oder darf, können aber nur die demokratisch legitimierten Gremien übernehmen. Dies kann im Einzelfall zu Spannungen und Frustrationen führen. Um diese so weit als

möglich zu vermeiden, ist die klare Kommunikation des Gegenstands der Beteiligung und der Herausarbeitung der tatsächlichen Entscheidungsspielräume essenziell, damit die Teilnehmer keine unerfüllbaren Erwartungen an die Beteiligung hegen.

Die Stadtwerkstatt in der Praxis

In der Praxis ist die Stadtwerkstatt ein Dach für Information und Beteiligung bei Stadtentwicklungsprojekten und -themen. Wir unterscheiden dabei drei Ebenen. Die erste Ebene ist die der „gesamstädtischen thematischen Diskurse“. Darunter verstehen wir Diskussionsveranstaltungen zu wichtigen Themen der Stadtentwicklung in der Verantwortung des Senats. Ziel dieser öffentlichen Debatten über Herausforderungen und Probleme der Stadtentwicklung ist es, Informationen zu vermitteln, die wesentlichen Argumente und Positionen erkennbar zu machen und im Diskurs zwischen der Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen eine Annäherung der Problemsichten zu erreichen und eventuell auch schon Ideen oder Eckpunkte für Lösungen im Sinne des Allgemeinwohls zu finden.

Unten und rechts: Workshop zum Hamburger Innenstadtkonzept Below and right: Workshop on the Hamburg City Centre concept



those affected; clearly communicate procedural rules and the course they should follow; and document all outcomes in a way that can be easily understood. These rules are based on a common-sense approach to good practice in terms of the implementation of participation processes. Nevertheless, these benchmarks also address many of the typical problems and stumbling blocks in civic participation. To give an example: participation processes are voluntary and non-binding for those who take part. For this reason, it is difficult to influence the number of participants, which tends to be unrepresentative. However, the quality of a local participation process is defined to a great extent by how well it manages to reflect the will of the local population, though problems of selectivity and the absence of certain groups are common. One of the biggest challenges facing any participation process, then, is involving a cross-section of population groups, which is as representative as possible. The planning authorities must work towards this end, and in the process they have the important job of spotting unexpressed concerns, embedding them in the participation process and including them in deliberations when it comes to decisions. In the end, a key question when evaluating the

outcomes of any participation process is how well this has succeeded. Another crucial point is that for the results of participation processes to be implemented, they usually need to be referred and adopted by political committees or the appropriate administrative unit. This can mean that outcomes of participation processes are disregarded, in whole or in part. Not everything that seems reasonable and appropriate locally is also reasonable and appropriate for the entire district or city. Weighing up where and how far any issue can or should be followed up is, however, a process that can be taken on only by democratically legitimised committees. In some cases, this can lead to tensions and frustration. To avoid this happening wherever possible, it is essential to communicate clearly what the participation is about, and to work out the actual scope for decision-making, so that those involved do not have unrealistic expectations about the participation.

The Urban Workshop in Practice

In practice, the Urban Workshop is an “umbrella” covering information about and participation in urban development projects and themes. We distinguish three levels here: the first is the “thematic discourses of the whole city.” By this we mean discussion events about important topics in urban development for which the Senate is responsible. The aim of these public debates about the challenges and problems facing urban development is to convey information that elucidates the key arguments and positions; the hope is also to reconcile views on problems through discourse between civil society and State institutions, and possibly to also find ideas or benchmarks for solutions in the public interest. The second and third levels involve participation processes in specific urban development projects of districts and the Ministry of Urban Development and the Environment (BSU). Districts can bring their supplemental activities relating to information and participation under the umbrella of the Urban Workshop, though it

Die zweite Ebene und die dritte Ebene stellen Beteiligungsverfahren an konkreten Stadtentwicklungsprojekten der Bezirke und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) dar. Die Bezirke können ihre zusätzlichen Aktivitäten bei der Information und Beteiligung unter das Dach der Stadtwerkstatt stellen, müssen dies aber nicht. Als erstes hat der Bezirk Wandsbek Veranstaltungen und Workshops zu Planungen am Bredenbekkamp unter das Dach gestellt. Weitere Projekte in anderen Bezirken werden im Laufe des Jahres folgen. Von der BSU wurden die Beteiligungsverfahren zur Entwicklung der Mitte Altona und zur Überdeckung der A7 unter das Dach gestellt. Auch im Rahmen der Fortschreibung des Rahmenkonzepts zum „Sprung über die Elbe“ sollen zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten angeboten werden.

Bei diesen Beteiligungsverfahren geht es auch um die Vermittlung von Information, vor allem aber um die konkrete Beteiligung der Bürger und Akteure vor Ort im Sinne einer Mitwirkung an der Planung. Aus den Workshops, Foren, Arbeitsgruppen etc. sollen konkrete Vorschläge und Anregungen für die Planungen erwachsen. Diese können dann im weiteren Planungsverlauf in die Auslobung von Wettbewerben und die Erstellung von Bebauungsplänen einfließen. Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind Qualitätsmaßstäbe für alle Aktivitäten, die unter dem Dach der Stadtwerkstatt ablaufen. Da diese Aktivitäten von unterschiedlichen Einheiten der Verwaltung betrieben werden, ist es wichtig, einen einheitlichen Informationspool zu haben. Hierzu haben wir im Internet ein Portal geschaffen, auf dem alle relevanten Informationen hinterlegt oder verlinkt werden. Noch konzentriert sich dieses Angebot auf die Bereitstellung von Informationen. Wir wollen diese Plattform aber noch interaktiver gestalten, sodass Schritt für Schritt auch Konsultation und Partizipation über das Internet möglich werden.

Eine Einrichtung wie die Stadtwerkstatt sollte nicht ohne eine Verbindung zu den maßgeblichen zivilgesellschaftlichen Akteuren des Handlungsfeldes aufgebaut werden. Schließlich hat die Diskussion über Fragen der Stadtent-

wicklung, der Architektur, des Städtebaus, der Kulturlandschaft, des Denkmalschutzes und des Umweltschutzes in Hamburg Tradition. Aus diesem Grund haben wir zur Begleitung der Aktivitäten der Stadtwerkstatt einen Dialogbeirat einberufen, in dem Hochschulen, Stiftungen, Verbände und Institutionen vertreten sind. Zweck des Beirates ist in erster Linie die Beratung über die Gestaltung des Dialoges mit der Stadtgesellschaft. Dazu gehört auch der Austausch darüber, welche Themen der Beirat für relevant und aktuell hält. Generell wollen wir eine bessere gegenseitige Information über geplante Veranstaltungen, Ausstellungen und Projekte erreichen. Hinzu kommen das Ausloten von Kooperations- oder Unterstützungsmöglichkeiten und der Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen bei der Information und Beteiligung der Öffentlichkeit.

Mehr Diskussion und Beteiligung zu wagen, ist anspruchsvoll. Für die Bürger, für die Verwaltung und auch für die Politik. Entscheidend ist jedoch, dass alle Teilnehmer mit einem echten Interesse an Lösungen in die Debatte gehen, denn die Herausforderungen, vor denen unsere Stadt steht, dulden keinen Müßiggang und keinen Aufschub.



Workshop zum Hamburger Innenstadt-konzept
Workshop on the Hamburg City Centre concept

is not obligatory. The first district to do so was Wandsbek, for events and workshops about the new housing construction plans for Bredenbekkamp. Further projects in other areas will follow throughout the year. The Ministry brought participation processes for the creation of the new district of Mitte Altona and the construction of a noise-control cover over the A7 motorway within the scope of the Urban Workshop. Additional participation opportunities should also be available within the context of updating the framework concept for the "Leap Across the Elbe" project.

These participation processes are about conveying information as well, but more importantly they are about citizens and actors at local level becoming actively involved in planning. Specific proposals and suggestions for plans should emerge from the workshops, forums, working groups, etc., and these can then be fed into the rest of the planning process, including setting up competitions and drafting master plans. Clarity and transparency are quality standards for all the activities which take place under the Urban Workshop umbrella. As these activities

are carried out by different administrative units, it is important to have a coordinated pool of information. To this end we have created an Internet portal where all the relevant information is stored and linked. This service also focuses on providing information. We want to make this platform even more interactive, however, so that gradually consultation and participation will also be possible over the Internet.

A body like the Urban Workshop should not be set up without a connection to the key civil society actors within the action area. After all, the debate about issues relating to urban development, architecture, town planning, the cultural landscape, heritage conservation, and environmental protection has a long tradition in Hamburg. For this reason we have convened a "dialogue advisory council" to support the Urban Workshop's activities, including representatives from universities, foundations, associations, and institutions. Its purpose is primarily to advise on shaping the dialogue with the urban community. This also involves exchanging views about which themes the council considers to be relevant and topical. Our aim is to improve mutual information across the board about planned events, exhibitions, and projects. This includes sounding out possibilities for cooperation and support, as well as exchanging knowledge and experiences about information and public participation. Daring to generate more discussion and participation is challenging - for citizens and the administration as well as for politicians. What matters, however, is that all participants with a genuine interest in solutions join in the debate, for there is no time to drag our feet when it comes to the challenges facing our city.